

Rede zur Finanzpolitik (Plenarsitzung vom 05.12.2007)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Krückel. – Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Gäste! CDU und FDP sollten nicht glauben, dass die Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen blöd sind. Die unsoziale, unökologische und unsolidarische Politik wird in NRW auch 2008 fortgesetzt. Der Staat muss für alle Bürgerinnen und Bürger da sein, doch in NRW werden Reiche immer reicher und Arme immer ärmer.

Das ist auch das Ergebnis des Sozialberichts: Dass fast 500.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen unter Hartz-IV-Bedingungen groß werden, unterstreicht, dass es in unserem Land keine Chancengleichheit gibt und mit dieser Regierung auch nicht geben wird.

Immer heißt es: „Es ist kein Geld da“, Herr Linssen und Herr Rüttgers. Mir und der neuen Partei Die Linke geht es in Nordrhein-Westfalen ganz verstärkt darum, die Einnahmenseite zu stärken, statt sich einseitig auf das Sparen im sozialen oder ökologischen Bereich zu konzentrieren, wie es CDU und FDP im Wesentlichen machen. Es geht uns darum, den Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben in der Daseinsvorsorge für alle zu befähigen. Denn es ist nicht wahr, dass kein Geld da sei. Schließlich sprudeln die Steuerkassen.

Auf der einen Seite werden in Berlin von der CDU – mit der SPD übrigens, die sich angeblich wieder für soziale Gerechtigkeit einsetzt – erneut die Unternehmenssteuern gesenkt. Uns fehlen in Nordrhein-Westfalen dadurch im nächsten Haushalt 2008 wieder 800 Millionen €. Auf der anderen Seite werden den Bürgerinnen und Bürgern 3 % mehr Mehrwertsteuern aufgedrückt; dadurch werden sie belastet.

Ebenso wird, wiederum mit der SPD, die Erbschaftsteuer für Reiche passend gemacht und Milliarden für die öffentlichen Kassen an reiche Erben verschenkt. Nordrhein-Westfalervergibt zudem allein im nächsten Jahr mindestens 500 Millionen € und im Weiteren Milliarden Euro durch die viel zu lasche Verfolgung von Steuerhinterziehung Unternehmen und fehlende Betriebsprüfungen; das ist nicht nur meine Meinung, sondern das sagt auch der Bund der Steuerzahler sehr deutlich.

Es handelt sich in unserem Land um einen Fall staatlich organisierter Steuerhinterziehung zugunsten der Unternehmen. Denn in 2008 sollen erneut 931 Finanzbeamte durch den goldenen Handschlag entlassen werden. Auf diese Weise werden Steuersünder unter den Unternehmen laufen gelassen, während die Arbeitnehmer über die Lohnsteuerkarte zu 100 % besteuert werden. Von Steuergerechtigkeit kann in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein.

Sparen ist kein Selbstzweck, und zudem wird an den falschen Stellen gespart. Denn für die eigene Klientel – bei der CDU sind dies zum Beispiel die Landwirtschaftskammern – sind rund 100 Millionen € vorgesehen, und auch für Marketingkampagnen zum Beispiel im Schulbereich – die Schulpolitik ist schon so schlecht, dass man für sie eigene Kampagnen machen muss – stehen weit über 10 Millionen € zur Verfügung.

Des Weiteren ist Geld für neue Subventionen vorhanden. So wird beispielsweise der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück das erste Mal mit 2,3 Millionen € subventioniert.

Die Ausgaben des Haushalts steigen auf die Rekordhöhe von 51,3 Milliarden €,

während gleichzeitig die Verschuldung weiter wächst. Sie ist trotz boomender Konjunktur von 108 Milliarden € im Jahre 2005 auf mittlerweile über 120 Milliarden € gestiegen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Was?)

Wir haben es heute bereits mehrmals gehört: Fast 7 Milliarden € mehr als noch 2005 sind eingenommen worden. Trotzdem steigt der Schuldendienst im Jahre 2008 das erste Mal auf jährlich über 5 Milliarden €. Das ist ein neuer Rekord. Das ist Ihr Rekord. Sie haben genau das Gegenteil von dem, was Sie hier erzählen, gemacht. Sie schwadronieren von Schuldenabbau, haben mittlerweile seit 2005 aber 12 Milliarden € neue Schulden gemacht. Das ist Ihre reale Politik.

Außerdem versäumen Sie, Steuern, die eingenommen werden könnten, tatsächlich einzunehmen. Damit könnte man natürlich unter anderem Haushaltskonsolidierung betreiben.

Man könnte auch vieles für die Kinder- und Jugendpolitik tun. Man könnte die Kindergärten besser versorgen. Man könnte ein kostenloses Schulessen einführen. Man könnte den Landesjugendplan, dessen Mittel Sie um 21 Millionen € gekürzt haben, verbessern. Allein in diesen Bereich könnte man 250 Millionen € investieren.

Man könnte Investitionen in den Klimaschutz, in die Umwelt- und die wirtschaftliche Strukturpolitik, in den Ausbau regenerativer Energien und in Energieeinsparungen sowie in die Altbausanierung vornehmen, und auch bei den Regionalisierungsmitteln für die Bahn fehlen 100 Millionen €.

In den Bereichen Bildung, Schule und Hochschule haben Sie massiv gekürzt. Im Gegenzug haben Sie die Studenten auch noch mit Studiengebühren belastet; auch in diesem Bereich könnte eine Menge getan werden.

Auch die Lernmittelfreiheit von Schulkindern haben Sie gekürzt; sogar Hartz-IV-Empfänger müssen die Lernmittel für ihre Kinder selbst bezahlen. Bei den Schülerfahrtkosten haben Sie gekürzt. In der Summe sind mindestens 250 Millionen € notwendig.

Und natürlich müsste man vor allem auch bei sozialen Einrichtungen eine Menge tun; als Stichwort nenne ich die Arbeitslosenberatung. Bei den

Flüchtlingsberatungsstellen, bei der Verbraucherberatung und bei der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ fehlen in der Summe mindestens 20 Millionen €.

All das machen Sie nicht. Sie kürzen nur. Sie kürzen vor allem im Sozialbereich.

Sie kürzen bei Kindern und Jugendlichen. Sie schwadronieren davon, dass Kinder unsere Zukunft seien. Doch Ihre Kinder- und Jugendpolitik geht genau in die falsche Richtung.

Als Letztes komme ich zur Schulpolitik. Nordrhein-Westfalen ist das letzte Bundesland, das an einer völlig verfehlten Schulpolitik festhält. Alles in unserem Land ist gegen die Chancen von Kindern gerichtet.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sie haben uns und Ihren Wählerinnen und Wählern hier eine blühende Zukunft versprochen. Sie bewirken mit Ihrer Politik allerdings genau das Gegenteil.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die

Landesregierung hat nun noch einmal Herr Minister Linssen das Wort. Bitte schön, Herr Minister.